

Antrag von UNOS – Unternehmerisches Österreich an das Wirtschaftsparlament der
Wirtschaftskammer Österreich, Sitzung am 27.11.2025

Standort Österreich stärken: Maßnahmenpaket für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand

Begründung

Österreich befindet sich an einem wirtschaftlichen Wendepunkt: Zwei Rezessionsjahre in Folge, steigende Lohnstückkosten, wachsende Abgaben und hohe Bürokratie belasten Unternehmen und Arbeitskräfte gleichermaßen. Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass Österreich im EU-Ranking an Wettbewerbsfähigkeit verliert – im IMD-Ranking fiel unser Land von Platz 19 im Jahr 2021 auf Rang 26 im Jahr 2025. Während andere Länder dynamisch aufholen, droht Österreich den Anschluss zu verlieren. Unser Ziel ist daher klar: Wir wollen ein Land, in dem Unternehmertum wieder lohnt, Investitionen attraktiv sind und Innovationen gezielt gefördert werden. Österreich soll bis 2030 unter die zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften Europas zurückkehren.

Mit diesem Maßnahmenpaket werden klare Rahmenbedingungen hierfür geschaffen: Unternehmen werden entlastet, Wachstum und Investitionen gefördert, die Eigenkapitalbasis gestärkt, bürokratische Hürden reduziert und Politik sowie Wirtschaft auf einen gemeinsamen Kurs gebracht, um den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge die folgenden Maßnahmen beschließen und an die jeweils zuständigen Stellen übergeben, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für unseren Wirtschaftsstandort sicher zu stellen. Zusätzlich bekennt sich das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich dazu, den Dialog mit den Sozialpartnern auf sämtlichen Ebenen zu suchen, um die erforderlichen Maßnahmen für eine Stärkung des Standorts voranzutreiben.

1. Arbeitsvolumen erhöhen: Feiertage auf EU-Durchschnitt reduzieren

Begründung

Mit derzeit 13 bundesweiten Feiertagen liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld und verliert dadurch jährlich erhebliche Produktivitätszeit. Dänemark oder die Niederlande kommen mit neun Feiertagen aus, ohne dass soziale Standards darunter leiden. Zusätzlich bestehen in einigen Bundesländern Sonderregelungen wie in beispielsweise in Tirol der Josefstag oder in der Niederösterreich der Leopolditag, die nur für Landesbedienstete gelten und die Wettbewerbsneutralität untergraben.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Anzahl der gesetzlichen Feiertage um zwei Tage zu reduzieren, um sich dem Durchschnitt der wichtigsten EU-Mitbewerber anzunähern (BENESCAND-Länder). Gleichzeitig werden die Landesregierungen aufgefordert, bestehende landesrechtliche Bestimmungen zu ändern und die Landesfeiertage ersatzlos zu streichen.

2. Unternehmen entlasten: Entgelt im Krankenstand fair gestalten

Begründung

Arbeitgeber:innen tragen in Österreich ab dem ersten Krankenstandstag die vollen Lohnkosten, was vor allem kleine und mittlere Betriebe unverhältnismäßig belastet. In anderen Ländern – etwa der Schweiz oder den Niederlanden – existieren Karenztagsmodelle, die ein faires Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen schaffen. Ergänzend soll eine antragslose Refundierung der Personalkosten ab dem 11. Krankenstandstag die Liquidität von Betrieben sichern und die Verwaltung vereinfachen.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung dazu auf, die notwendigen gesetzlichen und administrativen Grundlagen zu schaffen, um ein zeitgemäßes System der Entgeltfortzahlung zu etablieren, das einen Karenztag vorsieht und eine automatische Rückerstattung der Lohnfortzahlungskosten innerhalb von vier Wochen ab dem 11. Krankenstandstag für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeiter:innen ermöglicht.

3. Lohnkosten senken: Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit steuer- und abgabenfrei stellen

Begründung

Das derzeitige System von Freibeträgen und Ausnahmeregelungen bei Überstunden- und Zuschlagsarbeit ist unübersichtlich und bürokratisch. Eine vollständige Steuer- und Abgabebefreiung für Zuschläge zu Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit würde Leistung belohnen, Betriebe entlasten und die Lohnverrechnung vereinfachen. Damit würde Arbeit zu Randzeiten attraktiver und gerechter vergütet werden.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung dazu auf, die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, damit sämtliche Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit vollständig von Steuern und Abgaben befreit werden – unabhängig davon, ob diese in Freizeit oder in Geld abgegolten werden.

4. Handel fördern: Freigabe der Ladenöffnungszeiten

Begründung

Das bestehende Ladenöffnungszeitengesetz sowie die Vielzahl landesrechtlicher Detailverordnungen schränken Unternehmer:innen erheblich ein und führen zu einem unübersichtlichen, bürokratischen Regelungsgeflecht. Eine umfassende Liberalisierung wie anderen europäischen Ländern – etwa Tschechien, Ungarn, Polen, Schweden oder Finnland – würde insbesondere im Tourismus zusätzliche Umsatzchancen schaffen, Kaufkraftabfluss in Grenzregionen vermeiden und heimische Betriebe gegenüber internationalen Online-Anbietern stärken.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung dazu auf, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, die die Ladenöffnungszeiten vollständig liberalisieren und sämtliche bundesweiten Öffnungszeitregelungen ersatzlos streichen. Gleichzeitig werden die Landesregierungen aufgefordert, bestehende landesrechtliche Bestimmungen im Bereich der Ladenöffnungszeiten zu vereinfachen oder aufzuheben, soweit diese in Landeskompetenz liegen, um Unternehmer:innen mehr Entscheidungsfreiheit über ihre Öffnungszeiten zu ermöglichen.

5. Freihandel stärken: Neue Absatzmärkte durch Freihandelsabkommen erschließen.

Begründung

In der jüngeren Vergangenheit hat sich Österreich bei der Verhandlung neuer Freihandelsabkommen innerhalb der EU häufig zurückhaltend gezeigt, während Länder wie Deutschland oder Spanien deutlich aufgeschlossener agieren. Gerade angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Lage sind neue Impulse erforderlich, um innenpolitisch Optimismus und nach außen Stärke zu signalisieren. Ein klares Bekenntnis zum Freihandel ist daher unerlässlich. Wir fordern die rasche Umsetzung bestehender und neuer Freihandelsabkommen, darunter Mercosur, sowie die gezielte Erschließung zusätzlicher Exportmärkte, um den österreichischen Standort zu stärken und heimischen Betrieben die notwendige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen können.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die österreichische Bundesregierung, die Sozialpartner und alle anderen relevanten politischen Kräfte dazu auf, sich klar positiv zum EU-Mercosur-Abkommen sowie zu weiteren möglichen Abkommen mit z. B. Mexiko, Indien oder Indonesien zu positionieren und den Abschluss bzw. die Verhandlung dieser Abkommen mit allen Mitteln zu fördern.

6. Energiekosten senken: Echten Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen sicherstellen

Begründung

Steigende Energiekosten zählen zu den größten Kostentreibern österreichischer Betriebe. Mehr Wettbewerb ist das wirksamste Mittel, um Energiepreise zu stabilisieren und langfristig faire Marktbedingungen zu schaffen. Gegenseitige Beteiligungen und politische Einflussnahmen im Energiesektor behindern allerdings marktwirtschaftliche Strukturen und Innovation. Energieversorgungsunternehmen sollen unabhängig voneinander agieren, um Preistransparenz, Innovation und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zugleich bietet ein funktionierender Wettbewerb die Chance, Österreich langfristig als Energie-Nettoexporteur zu positionieren und Energie zum zentralen Wertschöpfungsfaktor zu entwickeln.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung und sämtliche Landesregierungen dazu auf, bestehende Beteiligungen an Energieversorgungsunternehmen kritisch zu prüfen und Querbeteiligungen aufzulösen, um echten Wettbewerb im Energiesektor zu ermöglichen. Ziel ist es, politische Einflussnahmen zu beenden und die Marktstrukturen so zu gestalten, dass Energieversorgungsunternehmen unabhängig voneinander agieren können.

7. Bürokratie abbauen: Genehmigungsverfahren im Betriebsanlagenrecht beschleunigen

Begründung

Überbordende Bürokratie zählt zu den größten Standortnachteilen Österreichs. So rauben beispielsweise lange und komplizierte Genehmigungsverfahren Unternehmen wertvolle Zeit und hemmen ihre Innovationskraft. Die bestehende Genehmigungsfreistellungsverordnung hat bereits gezeigt, dass gezielte Entlastung möglich ist und konnte österreichweit rund 4.200 Genehmigungsverfahren, also knapp 30 % aller Verfahren, einsparen.¹ Ziel muss es nun sein, die Verordnung gezielt auszuweiten, um das Einsparungspotenzial weiter zu erhöhen und noch mehr

¹ <https://short.neos.eu/genuehmigungsfreistellungsverordnung-auswirkungen>

Betriebe spürbar zu entlasten. Dadurch können Innovationen schneller umgesetzt und die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Standorts gestärkt werden.

Antrag

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich fordert den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus dazu auf, die bestehende Genehmigungsfreistellungsverordnung zu überarbeiten und in ihrem Anwendungsbereich deutlich auszuweiten, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Betriebsanlagengenehmigungen weiter zu vereinfachen. Dazu gehört insbesondere die Aufnahme zusätzlicher Betriebstypen, wie z. B. Fitness-Center, in den Freistellungs-Katalog. Ziel ist es, den bürokratischen Aufwand für Unternehmen deutlich zu reduzieren, die Innovationskraft zu stärken und den Standort Österreich im globalen Wettbewerb wettbewerbsfähiger zu machen.

Delegierte zum Wirtschaftsparlament Österreich, 04.11.2025:



Michael Bernhard



Shari Kuen



Markus Hofer